



**Dr. Martina Bunge**  
Mitglied des Deutschen Bundestages

## Pressemitteilung

### Rentenüberleitung: höchste Zeit zum Handeln

Berlin, 20.05.2010

Bezug:  
Anlagen:

**Dr. Martina Bunge, MdB**

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Büro: Jakob-Kaiser-Haus  
Raum: 4.814  
Telefon: +49 30 227-70067  
Fax: +49 30 227-76076  
martina.bunge@bundestag.de

**Wahlkreisbüro:**

Lübsche Str. 97  
23966 Wismar  
Telefon: +49 03841-3265993  
Fax: +49 03841-3265994  
martina.bunge@wk.bundestag.de  
www.martina-bunge.de

Gesundheitspolitische Sprecherin der  
Fraktion DIE LINKE

Leiterin des Arbeitskreises V  
„Gesundheit, Pflege und  
Behindertenpolitik“ der Fraktion DIE  
LINKE

„Das war leider keine gute halbe Stunde für alle Älteren, die heute die Debatte im Bundestag zur Rentenüberleitung verfolgt haben.“ Das erklärt MdB **Dr. Martina Bunge**, Verantwortliche der Fraktion DIE LINKE für die Probleme der Rentenüberleitung Ost angesichts der Reaktionen aus den anderen Fraktionen zu einem Antrag der LINKEN.

„Mit unserem Antrag haben wir die Bundesregierung aufgefordert, Ungerechtigkeiten, die aus der Überführung der Altersversorgung Ost rühren, endlich aus der Welt zu schaffen.

Die Behauptung aus anderen Fraktionen, wir würden uns vorrangig für staatsnahe Personen der DDR einsetzen, wird auch durch stete Wiederholung nicht wahrer. Betroffen von den Problemen sind sehr unterschiedliche Menschen, so zum Beispiel Krankenschwestern, Geschiedene, Beschäftigte von Bahn und Post, Bergleute der Carbochemie, Ballettmitglieder oder Frauen, die Angehörige gepflegt haben. Die gesamte wissenschaftliche, technische und künstlerische Intelligenz wurde um ihre zusätzliche Versorgung gebracht.

Besonders viele Frauen befinden sich auf Grund von Überführungslücken in einer schwierigen finanziellen Situation und sind auf Leistungen der Grundsicherung angewiesen.

Abgeordnete der anderen Parteien haben in der Vergangenheit bei Betroffenen durchaus Erwartungen geweckt. Sie sollten sich daran erinnern und in ihren Fraktionen stark machen. Damit meine ich nicht zuletzt die Kanzlerin, die schon vor fast drei Jahren eine abschließende Lösung für verbliebene Einigungsprobleme, speziell auch für rentenrechtliche Fragen, in Aussicht gestellt hatte. Wer, wenn nicht sie, könnte die Bundesregierung zum Handeln



bringen. Dafür ist es 20 Jahre nach Herstellung der Einheit höchste Zeit.“